



Forum österreichischer
Katholiken

Spiegelgasse 3/II/6
A-1010 Wien
Tel. 00431/51552/3664

E-mail: sekretariat@laienrat.at
HP: <http://www.laienrat.at>

Resolution der Vollversammlung des Katholischen Laienrats Österreichs

Die Bundesregierung soll Maßnahmen gegen Christenverfolgung und für sichere Rückkehr der Christen auf die Agenda der europäischen Außenpolitik setzen.

Der Katholische Laienrat Österreichs (KLRÖ) erinnert anlässlich seiner Vollversammlung an den skandalösen Umstand, dass Christen auch nach 2.000 Jahren in verschiedenen Regionen der Welt aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben, eingesperrt oder getötet werden.

Die Vollversammlung verweist auf die wiederholten Aufrufe der christlich-orientalischen und der syrisch-orthodoxen Patriarchen und Bischöfe zur Hilfe und Unterstützung der Christen im Nahen und Mittleren Osten. Die orientalischen Patriarchen erwarten sich, dass die Weltgemeinschaft und Europa auch politischen Druck auf die Regierungen im Irak und in Syrien ausüben. Die Christen, die in den vergangenen Jahren besonders unter den Angriffen des IS zu leiden hatten, müssen künftig als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden.

Die Vollversammlung begrüßt in diesem Zusammenhang, dass im Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ festgehalten wird, dass sich „die Bundesregierung international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einsetzen und zugleich gegen religiös-extremistische Ideologien (z. B. den politischen Islam) auftreten wird.“

Insbesondere ist es nötig, dass die EU den vernachlässigten Schutz der orientalischen Christen bei der Rückkehr und beim Wiederaufbau ihrer bisherigen Wohn- und Siedlungsgebiete auf die Agenda der europäischen Nahost-Politik setzt. Es geht in erster Linie darum, dass staatliche Grundrechte, die Religionsfreiheit und die gleichberechtigte Stellung der Christen in Syrien und im Irak sichergestellt werden.

Der Katholische Laienrat Österreichs appelliert deshalb auch an Außenministerin Dr. Karin Kneissl, dieses Thema in Erfüllung der Zusagen zu einem primären Anliegen der österreichischen Außenpolitik zu machen, es auf die Agenda der europäischen Politik zu setzen und dabei eine Führungsrolle zu übernehmen. Gerade das christlich geprägte Europa muss den verfolgten und vertriebenen Christen eine moralische und politische Stütze sein, damit ihre Präsenz in ihren angestammten Siedlungsgebieten auch in Zukunft gesichert ist und das Erbe des Urchristentums bewahrt bleibt.

Der KLRÖ unterstützt deshalb in seiner Gesamtheit mit Nachdruck die gemeinsame Solidaritätsaktion von Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreich (AKV), Christian Solidarity International (CSI), Kirche in Not (KiN), der Initiative Christlicher Orient (ICO) und der Kardinal König Stiftung zur Rückkehr der orientalischen Christen in die christlichen Dörfer der Ninive-Ebene.

Zur Erklärung wird Folgendes angeführt:

Die KLRÖ-Vollversammlung macht in diesem Zusammenhang auf den Appell des Wiener syrisch-orthodoxen Chorepiskopos Emanuel Aydin aufmerksam, der anlässlich des letzten „Fackelzugs gegen Christenverfolgung“ am 13. Dezember 2017 in Wien an alle Verantwortungsträger in den Kirchen und der Politik appelliert hat, „der Christenverfolgung ins Auge zu sehen, sie ehrlich zu benennen und politisch zu bekämpfen. Das orientalische Christentum schrumpft zusammen. Die Geopolitik der führenden Mächte hat kein Interesse an den Christen im Orient, in Syrien, im Irak, in der Türkei.“

Erst vor drei Monaten hat der syrisch-katholische Erzbischof von Mosul Boutros Moshe gemeint, „die Christen im Nordirak fühlen sich von der Weltgemeinschaft und Europa im Stich gelassen“ (deutsche KNA vom 26.11.2017). Ähnliche Hilfsappelle kamen vom chaldäisch-katholischen Patriarchen Louis Sako. Der syrisch-orthodoxe Patriarch Ignatius Afrem II. Karim hat im Blick auf Österreich gemeint, er erwarte sich von der österreichischen Regierung auch Engagement für Syrien: „Österreich könnte durch seine Neutralität eine wichtige Rolle spielen, um zwischen unterschiedlichen Positionen zu vermitteln. Wir würden ein stärkeres Engagement Österreich sehr begrüßen“ (kathpress vom 07.11.2017).

Zwar ist die Terrororganisation IS nun besiegt, aber die islamistisch-extremistische Ideologie ist in diesen Ländern noch immer präsent. Es geht nun darum, der positiven politischen Absicht auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sich als Außenminister in seiner Botschaft beim „Fackelzug gegen Christenverfolgung“ dafür ausgesprochen, sich auch künftig im Rahmen der heimischen Politik wie auch auf EU-Ebene für weltweite Religionsfreiheit einzusetzen. „Der Schutz von Christen muss einen stärkeren Bezug für unser außenpolitisches Handeln erhalten – bilateral und auf EU-Ebene“, so Kurz wörtlich.

Bei der gemeinsamen Solidaritätsaktion „Aktion Heimkehr“ von Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreich (AKV), Christian Solidarity International (CSI), Kirche in Not (KiN), der Initiative Christlicher Orient (ICO) und der Kardinal König Stiftung zur Rückkehr der orientalischen Christen in die christlichen Dörfer der Ninive-Ebene geht es konkret um die Dörfer Baqofa und Telskuf in der Ninive-Ebene – rund 35 Kilometer nördlich von Mosul gelegen. Diese chaldäischen Siedlungen waren vor der Zerstörung und Vertreibung durch den Islamischen Staat Heimat und Lebensmittelpunkt für die katholisch-chaldäischen Familien im Nordirak.

Es soll dabei ein „Österreich-Beitrag“ für den Wiederaufbau der Häuser, die Errichtung eines Pfarrgemeindeganzens, eines Kindergartens und einer Schule geleistet werden. Es geht insgesamt um die Wiederherstellung der dörflichen Infrastruktur durch den Bau von Brunnen und der Wasser- und Stromversorgung.

Spenden sind erbeten unter:

CSI AKV Christen in Not / Österr. Dorf Baqofa

BIC: GIBAATWWXXX

IBAN: AT49 2011 1824 1397 6101

Auf folgender Homepage sind diese Anliegen, Stellungnahmen, Positionen sowie diese Solidaritätsaktion dokumentiert (www.christeninnot.at).